

Euro-Solar Stadtwerke-Konferenz in Nürnberg fordert gleichmäßigen Ausbau der erneuerbaren Energien

Mehr Ökostrom im Süden erwünscht

Viel Lob für die Nürnberger Stadtwerke mit ihrem Regionalversorger N-ERGIE AG hat die internationale, überparteiliche Eurosolar-Vereinigung übrig. Wohl deshalb fand deren 12. Stadtwerke-Konferenz letzte Woche auch in Nürnberg statt.

„Mit ihrer Energiestudie hat die N-ERGIE einen wichtigen Beitrag zur Diskussion um die künftige Energieversorgung geleistet.“ Vor den Konferenz-Teilnehmern, Energiefachleuten aus ganz Deutschland, stellte Eurosolar-Vizepräsident Fabio Longo die Außenwirkung dieser Untersuchung heraus. Darin hatten Forscher der Uni Erlangen-Nürnberg und von Prognos beschrieben, wie es regional, zum Beispiel in Nordbayern, klappen kann mit der Wende von fossiler und nuklearer Energie hin zu Strom, Wärme und Verkehr auf Basis erneuerbarer Energieträger.

Viele Wirtschaftsliberale behaupten, dass der Markt schon alles regeln wird

Besonders die dezentrale Energie-Umwandlung und -Verteilung steht in der 2016 veröffentlichten Untersuchung im Mittelpunkt. Diese Thesen könnten auch von Eurosolar selbst stammen. Denn die Organisation wünscht sich „gleichmäßigen Ausbau der erneuerbaren Energien in Deutschland, gerade mit mehr Wind- und Solarenergie im Süden als bislang“.

Doch ist eine 100-prozentige Stromversorgung Deutschlands mit erneuerbaren Energien derzeit überhaupt möglich? Dafür sei eine neue Energiemarktordnung notwendig; die fehle bislang, kritisierte Fabio Longo. Der Eurosolar-Vizepräsident forderte deshalb in Nürnberg „Entscheidungen von der Politik“. Denn dass „der Markt“ schon alles regeln werde, wie viele Wirtschaftsliberale behaupten, daran glauben Longo und Eurosolar nicht.

Den vom Bund via Bundesnetzagentur und Übertragungsnetzbetreiber geplanten mehrere Tausend Kilometer langen, „gigantischen Ausbau des Höchstspannungsnetzes braucht es für 100 Prozent erneuerbare Energie nicht. In Gottes Namen ein paar HGÜ- (Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungs-)Trassen. Vor



Betroffene demonstrieren gegen die geplanten Monstertrassen.

FOTO DPA

allem aber braucht es den Ausbau der Verteilnetze“, dazu sektorübergreifende Speicher. Doch dafür haben laut Longo die EE-Branche und ihre Lobbyisten wie Eurosolar noch viele dicke Bretter zu bohren: „Wir müssen es schaffen, die Beharrungskräfte der Politik zu überwinden.“

Fakt ist: Bei 100 Prozent erneuerbare-Energien-Strom sind die gewaltigen Wind- und Sonnen-Schwankungen der Erzeugung mit den (besser vorhersehbaren) Verbrauchs-Tagesverläufen in Einklang zu bringen. Deshalb wird allüberall im Land auch an Speichersystemen geforscht, von klein

(zum Beispiel Fern-Zugriff auf Batterien in E-Mobilen) bis groß (zum Beispiel unterirdische Pumpspeicherverke).

Überschussstrom per „Power to Heat“ (P2H) oder „Power to Gas“ (P2G) zwischenspeichern: Das sind nur zwei unter schier unendlich vielen Möglichkeiten, die hierfür in Betracht kommen. Uwe Welteke-Fabrieus vom „Netzwerk Flexibilisierung für KWK“, kurz Fl(ex)perten, sieht jedoch besonders auf die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) große Chancen zukommen. Wenn es zu einem Stromüberschuss im Netz von bis zu 45 Gigawatt komme, dann

muss die KWK eben einfach ruhen, konstatiert der Fl(ex)perte: „Die künftige sichere Stromversorgung braucht KWK. Aber nicht mehr in Grundlast“, sondern äußerst flexibel.

Laut Uwe Welteke-Fabrieus bietet dafür das KWK-Gesetz heute schon den rechtlichen Rahmen: „Wo ein BHKW steht, wird jährlich ein weiteres zugebaut.“ Die günstigen Zinsen und die längere KWK-Zuschlagszahlung ließen das wirtschaftlich zu.

Den Zugang zum Spotmarkt schaffe der Betreiber mit einem kompetenten Direktvermarkter: Der sei für die Kommunikation,

den Fahrplan und die Steuerung zuständig.

Flexibilisierung, also mehr Leistung und größere Speicher, sei „eine energiepolitische Notwendigkeit. Die lohnt sich schon heute und in Zukunft noch mehr.“ Das steht für Uwe Welteke-Fabrieus fest. Obwohl er genauso weiß: „Damit die Flexibilität angereizt wird, müssen alle Preisbestandteile dynamisiert werden: Auch EEG-Umlage, Netzentgelt, Steuern.“

„Das Leben ist kein Wunschkonzert“: Mario Münch, Geschäftsführer einer gleichnamigen Elektrotechnik-Firma glaubt nicht

an solche Entwicklungen. Denn hier habe „jeder sein Schäfchen im Trockenen. Da ist es schwer, den Wandel zu erreichen. In China dagegen ist es einfacher. Und selbst im Senegal bekommen wir Solar-Carport-Aufträge“. Aus seiner Sicht ist Deutschland kein Energiewende-Vorreiter mehr. „Wir müssen uns selbst wieder Ziele setzen“, hofft er auf eine neue Aufbruchstimmung.

Auch für Rainer Kleedörfer von der N-ERGIE „fehlt jeglicher Anreiz, Alternativen zum Netzausbau umzusetzen“. So würden regionale Verteilnetzbetreiber „Speicher niemals finanziert bekommen“. Deshalb, so Nürnbergs Wirtschaftsreferent Michael Fraas, dessen Stadt die Mehrheit an der N-ERGIE hält, „bauen wir eben mit kleinen Schritten am Mosaik der Energiewende in der Metropolregion Nürnberg“.

Bis heute nicht geklärt ist, ob Speicher Netzbetriebsmittel sind

Stefan Nykamp, bei der Innogy-Tochter Westnetz zuständig für das Innovationsmanagement, beklagte sich ebenfalls, dass „bis heute nicht geklärt ist, ob Speicher Netzbetriebsmittel sind“ und ob Verteilnetzbetreiber deren Kosten geltend machen dürfen. Aber für ihn steht bereits heute fest: „Reale Autarkie ist nicht wirtschaftlich.“ Dabei gab Nykamp zu, bis dato sei noch nicht einmal geklärt, was Autarkie wirklich bedeute. Es sei „schlimm genug, dass sich viele bei Investitionen auf die Politik verlassen“, konterte mit Margit Conrad eine Frau, die einst als Ministerin in Rheinland-Pfalz selbst für (Energie-)Politik mit verantwortlich war.

Dennoch war von Eurosolar zu hören: Man könne sehr wohl bereits jetzt etwas tun. So habe die N-ERGIE „nachahmenswerte Beispiele für andere Stadtwerke“ errichtet. Warmwasserspeicher für das Fernwärmenetz, regelbare Ortsnetztrafos für ländliche Gebiete, ein Biomasse-Heizkraftwerk sind nur einige davon. Denn auch wenn Eurosolar-Vize Fabio Longo auf der Tagung laut nach „Entscheidungen von der Politik“ rief: Ob und wann die kommen, steht in den Sternen. Nicht nur für ihn. > HEINZ WRANESCHITZ

Initiative „HeimatUnternehmen“ gestartet

Mehr Dorfläden, Bäcker und Metzger fürs Land

Um die Lebensqualität in den ländlichen Regionen weiter zu verbessern, hat Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber (CSU) jetzt die Initiative „HeimatUnternehmen“ gestartet. „Vitale Dörfer brauchen Dorfläden, Bäcker, Metzger und Handwerker direkt vor Ort“, sagte Kaniber bei einer Fachtagung für Ländliche Entwicklung in Günzburg. Denn zu einem attraktiven und lebendigen Standort gehöre auch ein ausreichendes Angebot an Waren und Dienstleistungen.

Ein wichtiger Baustein der Initiative ist laut Ministerin die Förderung von Kleinunternehmen der Grundversorgung mit bis zu 200 000 Euro. Damit will Kaniber Betriebe bei Investitionen unterstützen und Neugründungen erleichtern. Zudem soll die Verwaltung für Ländliche Entwicklung innovative Menschen helfen, ihre Ideen zu verwirklichen – durch Beratung, Vernetzung oder bei der Suche nach Gleichgesinnten und Investoren. „Wir wollen die Menschen von der Idee bis zur Umsetzung eng begleiten und unterstützen“, so Kaniber.

Darüber hinaus will sie die Förderung der Dorferneuerung ver-

bessern, um die Innenentwicklung in den Ortskernen voranzubringen. Künftig erhalten Kommunen bis zu 80 Prozent Förderung, wenn sie leerstehende Gebäude modernisieren, instand setzen oder abbrechen, um die Grundstücke für eine Wiederbebauung bereitzustellen. Für finanzschwache und vom Bevölkerungsrückgang besonders stark betroffene Gemeinden sind sogar bis zu 90 Prozent Förderung möglich.

Ziel ist es laut Kaniber, bis 2030 weitere 5000 Gebäude dorfgerecht zu sanieren, neu zu nutzen oder aufzuwerten. Die Staatsregierung hat im Nachtragshaushalt hierfür zusätzlich 25 Millionen Euro und fünf Stellen bereitgestellt. Die Revitalisierung von Ortskernen ist der bayerischen Landwirtschaftsministerin zufolge schon seit vielen Jahren ein Schwerpunkt der Dorferneuerung. So konnten bereits in hunderten Dörfern Leerstände beseitigt, ortsbildprägende Gebäude saniert und innerörtliche Brachflächen neu genutzt werden. > BSZ

Mehr Infos gibt es unter: www.landentwicklung.bayern.de

Bayerns Landwirtschaftsministerin präsentiert innovativen Food-Scanner

Lebensmittelrettung 4.0

Mit einem innovativen Food-Scanner will Bayerns Ernährungsministerin Michaela Kaniber (CSU) die Verschwendung von Lebensmitteln im Freistaat verringern. „Bald kann jeder per Knopfdruck feststellen, was verdorben ist und was nicht“, sagte sie bei der Vorstellung eines ersten Prototyps in München. Verknüpft mit einer Smartphone-App eröffne das handliche Gerät damit Verbrauchern, Verarbeitern und Handel völlig neue Möglichkeiten für einen sparsamen und vorausschauenden Umgang mit Lebensmitteln.

Gerade bei frischen Lebensmitteln wie Obst und Gemüse, die derzeit am häufigsten weggeworfen werden, verspricht sich Kani-



Mit dem Scanner prüft Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber, ob die Tomate noch frisch ist. FOTO SEYFARTH/STIMELF

ber mit der neuen Technologie eine spürbare Verringerung der Verluste. Der Scanner bestimmt mit Hilfe von Infrarot-Licht unter anderem den Reifegrad von Obst und Gemüse, liefert aber auch Informationen, ob Lebensmittel, wie etwa Hackfleisch, noch verzehrbar sind.

Das Ernährungsministerium hat für das Projekt rund 550 000 Euro bereitgestellt. An der Entwicklung waren die Hochschulen Degendorf und Weihen-

stephan-Triesdorf sowie mehrere Fraunhofer-Institute beteiligt. Der Prototyp soll möglichst rasch zur Marktreife entwickelt werden.

Der Scanner ist eine Idee des Bündnisses „Wir retten Lebensmittel“, das das Ernährungsministerium 2016 initiiert hatte und dem inzwischen mehr als 50 Organisationen, Verbände, Unternehmen und sonstige Akteure angehören. Ziel ist es, neue Wege für einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln zu beschreiben. Dazu hat das Bündnis bereits eine Reihe von „Rettenmaßnahmen“ erarbeitet. > BSZ

www.stmelf.bayern.de/wir-retten-lebensmittel



Die Stadt Langenzenn bietet ein Grundstücksareal von insgesamt ca. 10.000 m² zum Kauf an.

Auf dem Grundstücksareal wäre die Errichtung einer Pflegeeinrichtung inkl. Betreutem Wohnen und Tagespflegeeinheit wünschenswert. Andere Bebauungskonzepte, u. a. barrierefreie Wohnungen sind möglich und werden nicht ausgeschlossen. Bei näherem Interesse wenden Sie sich bitte an Herrn Tiefel (09101/7032 14; markus.tiefel@langenzenn.de).